

Teilauszug, EntschlieÙung

des Landkreises Dillingen a.d.Donau zum Neubau der B 16
Umfahrungen Dillingen – Steinheim und Höchststadt mit Ausbau der B 16
bis zur Landkreisgrenze

(verabschiedet in der Sitzung des Kreistages des Landkreises Dillingen a.d.Donau am 9.
März 2012)

Der Zusammenhang zwischen einer guten StraÙeninfrastruktur und einer positiven
Wirtschaftsentwicklung ist in vielen Studien bestätigt worden. Gut ausgebaute und
vernetzte Verkehrswege bilden das Rückgrat von modernen und industrialisierten
Volkswirtschaften. Sie tragen wesentlich zu Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität
bei und sind für die Wirtschaft selbst der wichtigste Standortfaktor.

So stellt die B 16 in der Ost-West-Verbindung zwischen der A 7 bzw. der A 8 bei
Günzburg und der zwischen Donauwörth und Augsburg optimal ausgebauten B 2 die
für den Wirtschaftsstandort Landkreis Dillingen zentrale Verkehrsachse dar, die im
Interesse einer zukunftsfähigen Entwicklung unseres Wirtschaftsraumes
schnellstmöglich leistungsfähig ausgebaut werden muss.

Mit der Bewilligung der notwendigen Mittel durch den Haushaltsausschuss des
Deutschen Bundestages steht einem Baubeginn der Umfahrung Dillingen – Steinheim
im Zuge der B 16 im Sommer 2012 nichts mehr entgegen.

Ungeachtet dieser erfreulichen Entwicklung registriert nicht nur die Stadt Höchstädt,
sondern auch der Landkreis mit Sorge, dass sich nach Fertigstellung der B 16
Umfahrung Dillingen – Steinheim täglich bis zu 20.000 Fahrzeuge durch die bereits
heute völlig überlastete Ortsdurchfahrt der Stadt Höchstädt quälen werden. Diese
Situation wird sich noch weiter verschärfen. Weder die Bevölkerung, noch die
heimische Wirtschaft können diese unzumutbare Verkehrsbelastung deshalb weiter
akzeptieren.

Der Kreistag des Landkreises Dillingen a.d.Donau möchte in einer Zeit
strukturpolitischer Weichenstellungen deshalb alle kommunalpolitischen Kräfte
bündeln und die Initiativen der Abgeordneten in der Region sowie der Stadt Höchstädt
a.d.Donau für einen zeitnahen Weiterbau der Umfahrung Höchstädt nach
Fertigstellung der Umfahrung Dillingen -Steinheim unterstützen.

Neubau der B 16 – Umfahrung Höchstädt a.d.Donau

Nach Fertigstellung der B 16 Umfahrung Dillingen – Steinheim werden bis zu 20.000
Fahrzeuge prognostiziert, die sich täglich durch die bereits heute völlig überlastete
Ortsdurchfahrt der Stadt Höchstädt quälen werden. Diese Situation wird sich nach
Aussage des Staatlichen Bauamtes Krumbach verschärfen. Die Umfahrung Höchstädt
im Zuge der B 16 befindet sich derzeit im Vorentwurfsstadium. Der
Planungsvorentwurf kann voraussichtlich im Herbst dieses Jahres vom Staatlichen
Bauamt über die Regierung von Schwaben und die Oberste Baubehörde beim
Bayerischen Innenministerium dem Bundesverkehrsministerium zur Genehmigung

vorgelegt werden. Erst nach erfolgter Genehmigung können die Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren durch das Staatliche Bauamt erstellt werden.

Um so bald wie möglich das Planfeststellungsverfahren einleiten zu können, um im optimalen Fall mit Fertigstellung der B 16 neu Umfahrung Dillingen / Steinheim für die Umfahrung Höchstädt Baurecht zu erhalten, appelliert der Kreistag an die am Verfahren zur Genehmigung des Vorentwurfs beteiligten Behörden und Ministerien, das Verfahren sehr rasch und ohne zeitliche Verzögerung abzuschließen.

Erklärte Ziele des Kreistags sind

a) die Bereitstellung der zum Bau erforderlichen Mittel im Investitions-Rahmenplan (IRP) des Bundes spätestens mit Baureife des Projekts.

b) der zeitnahe Weiterbau der B 16 neu – Umfahrung Höchstädt, spätestens im unmittelbaren Anschluss an die Fertigstellung der B 16 neu – Umfahrung Dillingen / Steinheim, um den endgültigen Verkehrskollaps im Bereich der Stadt Höchstädt ausschließen zu können.

Die unter Ziffer 2 genannten Ziele lassen sich bei realistischer Betrachtungsweise jedoch nur verwirklichen, wenn rechtzeitig Baurecht vorliegt. Dies setzt jedoch voraus, dass neben einer zügigen Genehmigung des Vorentwurfs auch das sich anschließende Planfeststellungsverfahren ohne zeitliche Verzögerung und damit ohne Klage zum Abschluss gebracht werden kann.

Aus diesem Grund appelliert der Kreistag insbesondere an die Träger öffentlicher Belange, aber auch an die von der Baumaßnahme betroffene Bevölkerung, im Interesse einer zwingend notwendigen Entlastung der Innenstadt von Höchstädt sowie im Interesse der Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes die Notwendigkeit der Umfahrung Höchstädt zu akzeptieren und bei möglichen Stellungnahmen oder Einwänden entsprechend zu gewichten.

Ziel muss sein, beim Planfeststellungsverfahren in einem konstruktiven Dialog einvernehmliche Lösungen zu erreichen.